

## **Sichere Industriepolitik für NRW**

### **Position zur geplanten CO-Pipeline im Kreis Mettmann**

1. Die SPD ist und bleibt die Partei, die den Industriestandort Deutschland/NRW stärken und ausbauen will. Dies steht aus sozialen und ökonomischen Gründen außer Frage. Aber nicht zuletzt deshalb ist uns auch bewusst, dass gerade im bevölkerungsreichsten Teil Europas Industriepolitik nur mit hohen Sicherheitsauflagen und im Einvernehmen mit Bürgerinnen und Bürgern und mit den Kommunen gestaltet werden kann. Durch Leugnen unzweifelhaft vorhandener Gefahren, wird eine erfolgreiche Industriepolitik ihrer Zukunftschancen beraubt.
2. Die SPD fordert, dass alles technisch Mögliche unternommen wird, um Gefahren zu vermeiden oder weitmöglichst beherrschbar zu machen. Dies muss in einem für die Bürgerinnen und Bürger transparenten Verfahren und in kontinuierlicher Information und Kommunikation geschehen. Wo Gefahren nicht beherrscht werden können, wie z.B. bei der Atomenergie, muss auf einen Einstieg verzichtet werden oder der Ausstieg organisiert werden. Nur wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist, kann der Industriestandort Deutschland erfolgreich weiterentwickelt werden.
3. Die chemische Industrie ist ein wichtiger Standortfaktor mit vielen Arbeitsplätzen in unserer Region. Deshalb ist es wichtig ihre Produktionsbedingungen attraktiv zu gestalten.
  - Dies kann jedoch nur geschehen, wenn die Gefahren, die die Chemieproduktion mit sich bringt, nachweislich beherrscht werden können indem die neuesten Sicherheitserkenntnisse umgesetzt werden.
  - Dies kann nur in einer transparenten Art und Weise geschehen, die das Vertrauen der Bürger sicherstellt.
  - Entscheidend ist eine Sicherheitsphilosophie, die zu Produktionsprozessen bei Risikominimierung führt, so dass neue Risiken vermieden werden, indem beispielsweise gefährliche Stoffe vor Ort verarbeitet werden.
4. Bayer hat gegen all diese Grundsätze verstoßen und die Umsetzung ihrer CO-Pipelinepläne ohne Berücksichtigung der berechtigten Informations- und Beteiligungsinteressen der Bürger vorangetrieben. Die dilettantische Unternehmenskommunikation von Bayer hat dazu geführt, dass berechtigte Zweifel an der Sicherheit und große Ängste in der Bevölkerung entstehen konnten.
5. Noch immer sind viele Fragen, die die Pipeline-Gegner zu recht gestellt haben, offen: Weder konnte die Entscheidung über den Verlauf der Pipeline ausreichend begründet werden, noch macht es Sinn, mit der Pipeline zweimal den Rhein zu überqueren. Auch konnten die Fragen nach dem Unterschied zu niederländischen Sicherheitsvorkehrungen bei CO-Pipelines im Gegensatz zu den Planungen bei Bayer nicht geklärt werden. Allgemein ist festzustellen, dass bisher nicht alle Fragen der Pipelinegegner zu den Sicherheitsrisiken und den notwendigen Maßnahmen des Gefahrenschutzes beantwortet werden konnten. Zudem bestehen berechtigte Sorgen auch bei den Anrainern, die durch die Verlegung der Pipeline Wertverluste ihrer Grundstücke hinzunehmen haben.
6. Darüber hinaus hat das weitere Vorgehen von Bayer während des Pipelinebaus sowie die nachgewiesenen Baumängel das Vertrauen in Bayer schwer geschädigt. Wer auf diese Art und Weise versucht, wichtige Investitionen voranzutreiben, gefährdet

den Industriestandort Deutschland. Es ist die Aufgabe von Bayer, die offenen Fragen zu klären und zu beantworten.

7. Deshalb kann die Position der SPD kann nur sein: Solange Bayer die offenen Fragen nicht beantworten kann oder will, drängen wir auf einen Verzicht auf die Pipeline.
8. Als wichtiger handelnder Verantwortlicher hat die CDU/FDP-Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass die Sicherheitskriterien, die u.a. vom OLG angemahnt wurden, eingehalten werden. Selbst nach dem Aufkommen der öffentlichen Debatte weigern sich die Landesregierung ebenso wie die Bezirksregierung weiter, die Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen und tätig zu werden.
9. Das Allgemeinwohl eines solchen Pipelinebaus, das bis zur Verstaatlichung von Privatvermögen gehen kann, stellen wir in Frage. Bisher hat weder das Verhalten von Bayer noch anderer Unternehmen den Eindruck erweckt, dass es ihnen um irgendeinen übergeordneten Nutzen außer der eigenen Gewinnmaximierung geht. Bayer hat bislang weder nachweisen können, dass mit der CO-Pipeline Arbeitsplätze geschaffen werden, noch widerlegen können, dass die Pipeline Arbeitsplätze wegrationalisiert.

**Wir fordern, dass keine vorläufige Betriebserlaubnis von Seiten der Bezirksregierung erteilt wird, solange das laufende Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist.**

**Wir fordern die betroffenen Städte auf, eine gemeinsame Position zu entwickeln und gemeinsam gegenüber Bayer, der Bezirksregierung und der Landesregierung aktiv zu werden.**